

**G e s e t z**  
**zu dem Vertrag zur Änderung des Konkordats**  
**mit dem Heiligen Stuhle.**

**Vom 12. Juli 1994.**

Der Niedersächsische Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel I**

(1) Dem in Hannover am 29. Oktober 1993 unterzeichneten Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhle und dem Lande Niedersachsen zur Änderung des Konkordats vom 26. Februar 1965 wird zugestimmt.

(2) Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel II**

**Änderung  
des Niedersächsischen Hochschulgesetzes**

Das Niedersächsische Hochschulgesetz in der Fassung vom 21. Januar 1994 (Nds. GVBl. S. 13), geändert durch Gesetz vom 6. Juni 1994 (Nds. GVBl. S. 232), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Nummer 20 wird folgende neue Nummer 21 eingefügt:

„21. die Hochschule Vechta,“.

bb) Die bisherige Nummer 21 wird Nummer 22.

b) Dem Absatz 3 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Für die Hochschule Vechta gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes, soweit sich nicht aus den §§ 147 und 148 etwas anderes ergibt.“

2. § 43 Abs. 1 Satz 4 erhält folgende Fassung:

„Die Öffentlichkeit ist auf die Mitglieder und Angehörigen der Hochschule oder der Fachbereiche beschränkt.“

3. § 45 Abs. 1 Satz 2 wird gestrichen; der bisherige Satz 3 wird Satz 2.

4. § 82 Abs. 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. der Senat,“.

5. § 134 erhält folgende Fassung:

„§ 134

Vermögen

(1) Soweit in den folgenden Absätzen nichts anderes bestimmt ist, gehören Vermögensgegenstände, die von der Hochschule erworben worden sind oder erworben werden, zum Vermögen des Landes.

(2) Die Hochschule kann durch Satzung bestimmen, daß ein Körperschaftshaushalt geführt und Körperschaftsvermögen gebildet wird, wenn zu erwarten ist, daß ihr dafür nennenswerte Zuwendungen gemacht werden. Zuwendungen Dritter werden dem Körperschaftsvermögen zugeführt, es sei denn, daß

1. es sich um Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln oder aus Mitteln gemeinnütziger oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln unterhaltener Einrichtungen handelt,
2. der Zuwendungsgeber die Zuführung in das Körperschaftsvermögen ausgeschlossen hat oder

3. die Zuwendung unmittelbar bestimmten Zwecken im Rahmen der Aufgaben der Hochschule dienen soll.

Das Ministerium kann Ausnahmen von Satz 2 Nr. 1 zulassen; dies gilt nicht, wenn die Zuwendung davon abhängig ist, daß sie durch Haushaltsmittel des Landes ergänzt wird.

(3) Führt die Hochschule einen Körperschaftshaushalt, so stellt der Senat für jedes Haushaltsjahr einen Haushaltsplan oder einen Wirtschaftsplan auf. Dieser bedarf der Genehmigung des Ministeriums. Ist bis zum Schluß eines Haushaltsjahres der Haushaltsplan oder der Wirtschaftsplan für das folgende Jahr nicht genehmigt, so können bis zur Genehmigung alle Ausgaben geleistet werden, die nötig sind, um rechtlich begründete Verpflichtungen zu erfüllen; im übrigen bedürfen Ausgaben bis zur Genehmigung der Einwilligung des Ministeriums.

(4) Zu Lasten des Körperschaftshaushalts dürfen folgende Rechtsgeschäfte nicht vorgenommen werden:

1. die Aufnahme von Darlehen,
2. der Abschluß von Dienstverträgen,
3. der Erwerb, die Errichtung und der Betrieb von Unternehmen sowie die Beteiligung an Unternehmen,
4. die Errichtung von Stiftungen und die Schaffung von Sondervermögen,
5. die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen,
6. die Annahme von Zuwendungen, die mit einer ihren Wert übersteigenden Last verknüpft sind oder darüber hinausgehende Ausgaben zur Folge haben.

(5) Soweit Einnahmen aus dem Körperschaftshaushalt zur Erfüllung bestimmter Zwecke eingesetzt werden sollen, für die zugleich Sachmittel des Landeshaushalts einzusetzen sind, sind sie dem Landeshaushalt zuzuführen.

(6) Die näheren Vorschriften trifft die Hochschule in der Satzung nach Absatz 2 Satz 1. Diese legt insbesondere fest, welcher Stelle die Prüfung der Rechnungen nach § 109 Abs. 2 der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung obliegt. Die Satzung bedarf der Genehmigung durch das Ministerium; § 80 Abs. 4 gilt entsprechend.“

6. Die §§ 147 und 148 erhalten folgende Fassung:

„§ 147

Besondere Bestimmungen  
für die Hochschule Vechta

(1) Für die Hochschule Vechta wird ein aus 13 Mitgliedern bestehender Hochschulrat gebildet, dessen Mitglieder vom Ministerium für die Dauer von fünf Jahren berufen werden. Die Berufung der Mitglieder bedarf, außer im Falle der erstmaligen Berufung des Hochschulrats, seiner Zustimmung. Je drei der Mitglieder werden von der Katholischen Kirche und dem Senat der Hochschule vorgeschlagen. Bei der Bildung sollen auch Vertreterinnen oder Vertreter aus der Region berücksichtigt werden. Die Berufungsvorschläge und -entscheidungen sollen Frauen angemessen berücksichtigen. Die Mitglieder des Hochschulrats müssen mindestens fünf Jahre berufstätig gewesen sein, davon mindestens drei Jahre in einer Stellung mit herausgehobener Verantwortung, ins-

sondere in Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Rechtspflege oder im kirchlichen Bereich; sie dürfen nicht Mitglieder der Hochschule sein. Sie sind an Aufträgen und Weisungen nicht gebunden.

(2) Mit einer Mehrheit von zehn Mitgliedern kann der Hochschulrat aus wichtigem Grunde die Abberufung eines Mitgliedes verlangen.

(3) Dem Hochschulrat obliegt

die Mitwirkung an den in § 5 Abs. 1 bis 3 und § 9 genannten Aufgaben, insbesondere an der Entwicklung der Hochschule und an der Studienreform,

die Aufsicht über die Hochschule hinsichtlich der Wahrnehmung der Aufgaben nach § 78 Abs. 1 Nrn. 1, 5, 7 und 10,

die Beschlußfassung über Genehmigungen nach § 80 Abs. 4; ihm stehen insoweit die Befugnisse nach § 80 Abs. 5 Satz 1 und 2 im Rahmen der bestehenden Finanzausstattung der Hochschule zu.

Vorschläge der Hochschule zur Widmung von Professorenstellen bedürfen der Zustimmung des Hochschulrats. Dieser kann zu den Berufungsvorschlägen der Hochschule eine Stellungnahme abgeben.

(4) Das Ministerium soll seine Aufsicht über die Aufgabenwahrnehmung des Hochschulrats

1. nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 bezüglich der Aufgaben der Hochschule nach § 78 Abs. 1 Nr. 1 auf eine allgemeine Organ- und Wirtschaftsaufsicht,

2. nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 3 auf die Rechtsaufsicht einschließlich der Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen

beschränken. Es kann auch insoweit Beschlüsse des Hochschulrats im Aufsichtswege aufheben, abändern oder anordnen, wenn dies zur Wahrung staatlicher Belange erforderlich ist. § 75 Abs. 4 bis 6 gilt entsprechend.

(5) Die Leitung der Hochschule, die Frauenbeauftragte sowie eine Vertretung der Studentenschaft sind berechtigt, an den Sitzungen des Hochschulrats mit beratender Stimme teilzunehmen. Sie können in entsprechender Anwendung des § 85 Abs. 7 die erneute Beratung einer Angelegenheit durch den Hochschulrat verlangen.

(6) Der Hochschulrat gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Ministeriums bedarf. Die Genehmigung darf nur aus Rechtsgründen versagt werden.

(7) Das Ministerium kann anordnen, daß die Hochschule als Landesbetrieb gemäß § 26 Abs. 1 der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung geführt wird.

#### § 148

Besondere Bestimmungen für die in Artikel 5 Abs. 2 Satz 4 des Konkordats bezeichneten Institute

(1) Das in Artikel 5 Abs. 2 Satz 4 des Konkordats bezeichnete Institut der Hochschule Vechta nimmt für sein Fachgebiet an Stelle des Fachbereichs die Aufgaben nach § 52 und nach § 105 Abs. 2 und 5 bis 7 wahr. Die Organe des Instituts werden durch Satzung bestimmt. Diese bedarf der Genehmigung des Hochschulrats; § 80 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Das Ministerium kann von der Universität Osnabrück die Errichtung eines dem Absatz 1 entsprechenden Instituts verlangen, wenn nicht bis zum 1. Januar 1996 eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Universität Osnabrück und der Hochschule Vechta wirksam geworden ist, in der das erforderliche Zusammenwirken zur Sicherung des Lehrangebots gewährleistet wird. Die Ko-

operationsvereinbarung bedarf der Genehmigung des Ministeriums, die aus Rechtsgründen sowie aus den in § 80 Abs. 4 Satz 2 genannten Gründen versagt werden kann.

7. § 149 wird gestrichen.

#### Artikel III

##### Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes

Das Niedersächsische Schulgesetz in der Fassung vom 27. September 1993 (Nds. GVBl. S. 383), zuletzt geändert durch § 10 Abs. 1 des Gesetzes vom 6. Juni 1994 (Nds. GVBl. S. 233), wird wie folgt geändert:

1. In § 150 Abs. 3 wird am Ende des Satzes 2 der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„dazu gehören nicht die Unterricht in eigener Verantwortung erteilenden Beamtinnen und Beamten auf Widerruf.“

2. Im Elften Teil erhält die Überschrift des Dritten Abschnitts folgende Fassung:

„Ersatzschulen in kirchlicher Trägerschaft, die aus öffentlichen Schulen hervorgegangen sind“.

3. § 154 erhält folgende Fassung:

#### „§ 154

##### Allgemeines

(1) Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten für Ersatzschulen in kirchlicher Trägerschaft, die aus öffentlichen Schulen hervorgegangen sind. Derartige Ersatzschulen bestehen in folgenden Orten:

Cloppenburg (Orientierungsstufe und Hauptschule), Duderstadt (Hauptschule mit Orientierungsstufe), Göttingen (Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe), Hannover (Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe), Hildesheim (Hauptschule mit Orientierungsstufe und Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe), Lingen (Orientierungsstufe und Haupt- und Realschule), Meppen (Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe), Oldenburg (Orientierungsstufe und Haupt- und Realschule), Osnabrück (Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe, Orientierungsstufe und Haupt- und Realschule), Papenburg (Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe), Vechta (Orientierungsstufe und Haupt- und Realschule), Wilhelmshaven (Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe), Wolfsburg (Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe).

Auf Antrag des kirchlichen Schulträgers können die Hauptschule in Cloppenburg sowie die Hauptschulen mit Orientierungsstufe in Duderstadt und Hildesheim um einen Realschulzweig erweitert werden. Über den Antrag entscheidet die Schulbehörde im Einvernehmen mit den öffentlichen Schulträgern derjenigen Realschulen, die in den in Satz 3 genannten Städten bestehen.

(2) Voraussetzung für die Beibehaltung der in Absatz 1 genannten Schulen ist, daß sie in ihrer Gliederung den unter vergleichbaren Bedingungen stehenden öffentlichen Schulen entsprechen und daß die öffentlichen Schulträger, in deren Gebiet die betreffende Schule besteht, eine entsprechende öffentliche Schule aufrechterhalten können.

(3) Unterschreitet eine Orientierungsstufe während dreier aufeinanderfolgender Schuljahre die für öffentliche Schulen allgemein vorgeschriebene Mindestzügigkeit, so kann die Schule ohne Orientierungsstufe bestehen bleiben, wenn sie im übrigen in ihrer Gliederung den unter vergleichbaren Bedingungen stehenden öffentlichen Schulen entspricht. Soweit in die aufzuhebende

Orientierungsstufe die Schuljahrgänge 5 und 6 von Gymnasien und Realschulen in freier Trägerschaft sowie des Gymnasiums Josephinum einbezogen waren, bleibt es dem kirchlichen Schulträger unbenommen, an diesen Schulen wieder Schuljahrgänge 5 und 6 einzurichten.

(4) Für die Vergleichbarkeit der Bedingungen im Sinne der Absätze 2 und 3 Satz 1 sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- a) die Einwohnerzahl, die Ausdehnung und die Verkehrsverhältnisse der betreffenden Gemeinde,
- b) die absehbare Veränderung der Bevölkerung nach Zahl und Gliederung,
- c) die Stärke der jeweiligen Schuljahrgänge.

(5) § 149 Abs. 5 gilt für die Geltendmachung von Ansprüchen nach den §§ 155 und 156 entsprechend.

(6) Die obere Schulbehörde und der Landesrechnungshof sind berechtigt, bei den in Absatz 1 genannten Schulen und ihren Trägern alle die Geldleistungen des Landes betreffenden Angaben an Ort und Stelle zu überprüfen, die dazugehörigen Unterlagen einzusehen und Auskünfte zu verlangen.“

4. § 155 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Verweisung „§ 154“ durch die Verweisung „§ 154 Abs. 1“ und das Wort „Ersatzschulen“ durch das Wort „Schulen“ ersetzt.

bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Dabei wird jedoch höchstens diejenige Zahl von Lehrkräften berücksichtigt, die sich auf Grund des Verhältnisses von Schüler- und Lehrerzahlen an den entsprechenden öffentlichen Schulen am Stichtag der Erhebung zur Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden Schulen zu Beginn des Schuljahres auf Landesebene ergibt.“

cc) Es werden folgende Sätze 3 bis 6 angefügt:

„Die Zahl der Lehrkräfte an den entsprechenden öffentlichen Schulen ist so zu errechnen, daß die Summe der von allen Lehrkräften der Schulen einer Schulform zu leistenden Regelstunden durch die für die Lehrkräfte an der betreffenden Schulform maßgebliche Regelstundenzahl geteilt wird. Entsprechend ist die Zahl der Lehrkräfte an den in § 154 Abs. 1 genannten Schulen zu ermitteln, und zwar gemeinsam für alle Schulen eines kirchlichen Schulträgers, die derselben Schulform zugehören. Überschreitet die nach Satz 4 ermittelte Zahl der Lehrkräfte an den Schulen eines kirchlichen Schulträgers, die derselben Schulform zugehören, die für diese Schulen nach Satz 2 maßgebliche Höchstzahl, so werden die für alle schuleigenen Lehrkräfte dieser Schulform tatsächlich getragenen Kosten gemäß Absatz 3 Satz 1 und 2 Nr. 1 sowie der entsprechende Abgeltungsbetrag nach Absatz 3 Satz 3 nur in Höhe eines Betrages erstattet, der wie folgt zu ermitteln ist:

Die Summe der tatsächlich getragenen Kosten gemäß Satz 5 ist durch die Zahl der schuleigenen Lehrkräfte zu teilen und mit derjenigen Zahl zu multiplizieren, die sich als Differenz zwischen der nach Satz 2 maßgeblichen Höchstzahl und der Zahl der nach Absatz 2 Satz 1 beurlaubten Lehrkräfte ergibt.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Verweisung „§ 154“ durch die Verweisung „§ 154 Abs. 1“ und das Wort

„Ersatzschulen“ durch das Wort „Schulen“ ersetzt und nach dem Wort „Landesdienst“ die Worte „befristet oder“ eingefügt.

bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „gewähren“ das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und der folgende Halbsatz gestrichen.

cc) Es werden folgende neue Sätze 3 und 4 eingefügt:

„Dasselbe gilt im Falle einer ergänzenden Versorgung auch für den auf die Zulage entfallenden Versorgungsbeitrag. Die Zulage und der Versorgungsbeitrag werden erstattet.“

dd) Die bisherigen Sätze 3 bis 5 werden Sätze 5 bis 7.

ee) In dem neuen Satz 5 werden das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort „Trennungsgeld“ die Worte „und die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung“ eingefügt.

ff) In dem neuen Satz 7 wird die Verweisung „Sätze 1 bis 4“ durch die Verweisung „Sätze 1 bis 6“ ersetzt.

c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Für die Lehrkräfte, die nicht beurlaubte Landesbedienstete sind, erstattet das Land den kirchlichen Schulträgern die tatsächlich getragenen persönlichen Kosten bis zur Höhe der Bezüge oder Vergütungen vergleichbarer Lehrkräfte an einer entsprechenden öffentlichen Schule. Daneben werden nach Maßgabe staatlicher Grundsätze erstattet:

1. für angestellte Lehrkräfte bis zur Höhe der tatsächlichen Aufwendungen die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und zur gesetzlichen Unfallversicherung sowie die laufenden Beiträge zu Zusatzversicherungen bis zur Höhe des vom Versorgungsverband bundes- und landesgeförderter Unternehmen e. V. festgesetzten Umlagevom Hundertsatzes vom versicherungspflichtigen Einkommen,
2. für beamtete Lehrkräfte der Kirchen im Schuldienst die Aufwendungen nach den Beihilfevorschriften,
3. für beamtete Lehrkräfte der Kirchen im Schuldienst, die der kirchliche Schulträger bei ihrem Ausscheiden aus dem Kirchendienst nach den Bestimmungen des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch nachzuversichern hat, die dazu erforderlichen Beiträge,
4. für beamtete Lehrkräfte der Kirchen im Ruhestand, die im Schuldienst tätig waren, die Aufwendungen nach den Bestimmungen des Beamtenversorgungsgesetzes und der Beihilfevorschriften.

Darüber hinaus gewährt das Land zur Abgeltung sämtlicher sonstiger Personalausgaben einen Pauschalbetrag in Höhe von 1 vom Hundert der nach Satz 1 zu erstattenden Beträge.“

5. § 156 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Sächliche Kosten, Schulbau, Schülerbeförderung“.

b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Das Land beteiligt sich an den laufenden sächlichen Kosten für die in § 154 Abs. 1 genannten Schulen. Der Anteil des Landes errechnet sich durch Vervielfachung der Durchschnittszahl der Schülerinnen und Schüler mit dem staatskirchenvertraglich vereinbarten Betrag pro Schülerin und Schüler. Die Durchschnittszahl ist der Mittelwert der Zahlen der am 15. März und 15. November eines jeden Kalender-

jahres an diesen Schulen unterrichteten Schülerinnen und Schüler.“

In Absatz 3 werden die Verweisung „§ 154“ durch die Verweisung „§ 154 Abs. 1“ und das Wort „Ersatzschulen“ durch das Wort „Schulen“ ersetzt.

§ 157 wird wie folgt geändert:

In der Überschrift werden die Worte „und Aufnahme“ durch das Wort „oder“ ersetzt.

Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Vorschriften der §§ 155 und 156 sind für eine der in § 154 Abs. 1 genannten Schulen nicht anzuwenden, wenn an ihr der Anteil nichtkatholischer Schülerinnen und Schüler 20 vom Hundert übersteigt. Die oberste Schulbehörde kann auf Antrag des kirchlichen Schulträgers für eine Schule ausnahmsweise einen höheren Anteil befristet zulassen.“

Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „umgewandelte Ersatzschule“ durch die Worte „der in § 154 Abs. 1 genannten Schulen“ ersetzt, das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort „Hauptschule“ die Worte „oder Realschule“ eingefügt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „Ersatzschule“ durch die Worte „in Satz 1 genannten Schule“ ersetzt.

l) In Absatz 3 werden die Worte „umgewandelten Ersatzschulen“ durch die Worte „den in § 154 Abs. 1 genannten Schulen“ ersetzt.

§ 191 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Für acht anerkannte Ersatzschulen, die von den evangelischen Landeskirchen zu benennen sind, wird Finanzhilfe abweichend von § 149 Abs. 1 bereits vom Zeitpunkt der Genehmigung an gewährt.“

#### Artikel IV

##### Hochschulrechtliche Übergangsbestimmungen

Abweichend von § 147 Abs. 1 Satz 1 und 2 des niedersächsischen Hochschulgesetzes in der Fassung dieses Gesetzes erfolgt die erstmalige Berufung der Mitglieder des Hochschulrats durch die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten im Benehmen mit der Katholischen Kirche; bei sind sechs Mitglieder für die Dauer von drei Jahren zu ernennen. Bei der erstmaligen Bildung des Hochschulrats ob-

liegt die Leitung einem bei der Berufung bestimmten Mitglied.

(2) Die Mitglieder und Angehörigen der Universität Osnabrück, die bei Inkrafttreten des Artikels II Nrn. 1 bis 4, 6 und 7 dieses Gesetzes dem Standort Vechta zugeordnet sind, werden zu diesem Zeitpunkt Mitglieder und Angehörige der Hochschule Vechta.

(3) Der Studiengang für das Lehramt an Gymnasien der Hochschule Vechta wird mit Ablauf des Wintersemesters 1994/95 aufgehoben.

(4) Während einer Übergangszeit von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Artikels II Nrn. 1 bis 4, 6 und 7 dieses Gesetzes nimmt der Hochschulrat unter der Aufsicht des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur die Aufgaben des Senats der Hochschule Vechta gemäß § 96 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes wahr. Vor seiner Beschlußfassung hat der Hochschulrat den Senat zu hören. Die Leitung der Hochschule, die Frauenbeauftragte sowie die Vertretung der Studentenschaft nach § 147 Abs. 5 Satz 1 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes in der Fassung dieses Gesetzes können in entsprechender Anwendung des § 85 Abs. 7 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes die erneute Beratung einer Angelegenheit durch den Hochschulrat verlangen.

#### Artikel V

##### Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. August 1994 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten in Kraft:

1. mit Wirkung vom 1. Januar 1994:

Artikel III Nr. 5 Buchst. b,

2. am 1. Januar 1995:

Artikel II Nrn. 1 bis 4, 6 und 7 sowie Artikel IV Abs. 2 bis 4.

Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur trifft die erforderlichen Regelungen darüber, wer vom 1. Januar 1995 an bis zur Neubildung von Organen der Universität Osnabrück und der Hochschule Vechta deren Aufgaben wahrnimmt.

(3) Der Tag, an dem der Vertrag zur Änderung des Konkordats mit dem Heiligen Stuhle in Kraft tritt, ist im Niedersächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt bekanntzumachen.

Hannover, den 12. Juli 1994

Der Präsident des Niedersächsischen Landtages

Milde

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Schröder

**VERTRAG**  
**zwischen dem Heiligen Stuhle und**  
**dem Lande Niedersachsen zur Änderung des Konkordats**  
**vom 26. Februar 1965.**

Zwischen  
dem Heiligen Stuhle,  
vertreten durch dessen Bevollmächtigten, Seine Exzellenz  
Dr. Lajos Kada, den Apostolischen Nuntius in der Bundesre-  
publik Deutschland, Titularerzbischof von Tibica,

und  
dem Lande Niedersachsen,  
vertreten durch den Ministerpräsidenten, Herrn Gerhard  
Schröder,

wird nachstehender Vertrag geschlossen:

Zur Anpassung an die gegenwärtige Entwicklung auf dem Gebiet des Hochschulwesens und des Schulwesens sind die Hohen Vertragspartner über folgende Änderungen und Ergänzungen des von ihnen am 26. Februar 1965 unterzeichneten Konkordats, geändert durch die Verträge vom 21. Mai 1973 und vom 8. Mai 1989, übereingekommen:

1. Artikel 5 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Der Standort Vechta der Universität Osnabrück wird gemäß näherer Bestimmung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes in eine selbständige Hochschule entsprechend den in § 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 12 dieses Gesetzes genannten Hochschulen umgewandelt und mit einer besonderen Rechtsstellung versehen; dabei bleibt die Ausbildung für die Lehrämter an Grund- und Hauptschulen sowie an Realschulen für das Fach Katholische Religion gewährleistet. An der Universität Osnabrück erfolgt die Ausbildung von Lehrkräften aller Schulstufen für Katholische Religion unter Einschluß des Lehramts an berufsbildenden Schulen. Das Personal des bisherigen gemeinsamen Fachbereichs für Katholische Theologie und Religionspädagogik wird jeweils den Standorten Osnabrück oder Vechta zugeordnet. Dem Institut für Katholische Religionspädagogik und ihre theologischen Grundlagen in Vechta werden mindestens vier Professuren, dem entsprechenden Institut in Osnabrück mindestens fünf Professuren sowie beiden Einrichtungen jeweils weiteres Personal in dem für Niedersachsen üblichen Umfang zugewiesen. Die Einrichtungen wirken bei der Sicherstellung des Lehrangebotes beider Hochschulen zusammen, insbesondere bei der Lehramtsausbildung. Jedem der beiden Institute werden bestimmte der in § 95 des genannten Gesetzes aufgeführten Aufgaben zugewiesen.

2. § 3 der Anlage zum Konkordat erhält folgende Fassung:

§ 3  
(zu Artikel 5 Absatz 1)

Für die Besetzung der Professorenstellen für Katholische Theologie und Religionspädagogik gelten die Bestimmungen des Niedersächsischen Hochschulgesetzes mit der Maßgabe, daß die Mitglieder der Berufungskommission dem Bereich der Katholischen Theologie und Religionspädagogik angehören sollen.

**ACCORDO**  
**tra la Santa Sede e il Land Niedersachsen**  
**a modifica del Concordato**  
**del 26 febbraio 1965.**

Fra  
la Santa Sede,  
rappresentata dal Suo Plenipotenziario, Sua Eccellenza Mon-  
signor Dott. Lajos Kada, Arcivescovo titolare di Tibica, Nun-  
zio Apostolico nella Repubblica Federale di Germania,

e  
il Land Niedersachsen,  
rappresentato dal Signor Gerhard Schröder, Presidente dei  
Ministri,

viene concluso il seguente Accordo:

Le Alte Parti contraenti, al fine di adeguare alcune disposizioni del Concordato, da Esse sottoscritto il 26 febbraio 1965 e modificato con gli Accordi del 21 maggio 1973 e dell'8 maggio 1989, allo sviluppo che è in atto nell'ambito universitario e in quello della scuola, hanno convenuto di apportare al Concordato medesimo le seguenti modifiche ed aggiunte:

1. L'articolo 5 comma 2 riceve la formulazione seguente:

La sede di Vechta dell'Università di Osnabrück viene trasformata, in conformità a quanto è disposto in modo più particolareggiato dalla legge sulle Alte Scuole del Niedersachsen, in un'Alta Scuola autonoma analogamente alle Alte Scuole menzionate nel § 1, comma 1, numeri 1—12 di detta legge e viene dotata di una speciale posizione giuridica; con ciò rimane garantita la formazione degli insegnanti della Religione cattolica così nelle scuole elementari e secondarie (propriamente Grund- und Hauptschulen) come anche nelle scuole medie di formazione tecnico-sociale (propriamente Realschulen). Nell'Università di Osnabrück ha luogo la formazione di insegnanti della Religione cattolica per le scuole di ogni grado, compreso l'insegnamento nelle scuole di formazione professionale. Il personale del Dipartimento, finora comune, di Teologia cattolica e Pedagogia della religione viene assegnato, rispettivamente, alle sedi di Osnabrück o di Vechta. All'Istituto di Pedagogia della Religione cattolica e dei suoi fondamenti teologici, che si trova a Vechta vengono attribuite non meno di quattro cattedre, e al corrispondente Istituto di Osnabrück non meno di cinque cattedre; parimenti viene assegnato a ciascuna delle due istituzioni ulteriore personale, di volta in volta, nella misura che è in uso nel Niedersachsen. Le istituzioni cooperano nell'assicurare la possibilità di insegnamento di ambedue le Alte Scuole, in special modo nella formazione degli insegnanti. A ciascuno dei due Istituti vengono attribuiti determinati compiti di quelli indicati nel § 95 della succitata legge.

2. Il § 3 dell'Allegato del Concordato riceve la formulazione seguente:

§ 3  
(circa il comma 1 dell'articolo 5)

Per la nomina alle cattedre di Teologia cattolica e di Pedagogia della religione valgono le norme della legge sulle Alte Scuole del Niedersachsen con la disposizione che i membri dell'apposita commissione (Berufungskommission) appartengano all'ambito della Teologia cattolica e della Pedagogia della religione.

Die Professorengruppe der Berufungskommission besteht zu mindestens einem Drittel aus Mitgliedern der Hochschule, an der die Stelle zu besetzen ist, und zu mindestens einem Drittel aus Mitgliedern anderer Hochschulen. Das Ministerium wird, bevor die Berufung, d. h. ein Angebot einer Professur ergeht, die im Schlußprotokoll zu Artikel 12 Absatz 1 Satz 2 des Konkordats vom Juni 1929 vorgesehene Äußerung des zuständigen Hofes einholen.

#### Durchführungsvereinbarung

Die Durchführungsvereinbarung zu Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 6 des am 26. Februar 1965 unterzeichneten Konkordats ist Bestandteil dieses Vertrages.

#### Ratifikation und Inkrafttreten

Dieser Vertrag, dessen italienischer und deutscher Text gleiche Kraft haben, soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen möglichst bald in Bonn-Bad Godesberg ausgetauscht werden. Er tritt mit dem Tage ihres Austausches in Kraft.

Die Urkunde, in der dieser Vertrag in doppelter Schrift unterzeichnet ist, ist in zwei Exemplaren ausgetauscht worden.

Hannover, am 29. Oktober 1993

Il gruppo di professori della suddetta commissione è costituito, per non meno di un terzo, da membri dell'Alta Scuola, nella quale si deve provvedere al posto di professore, e, per non meno di un terzo, da membri di altre Alte Scuole. Prima di procedere alla chiamata, ossia all'offerta di una cattedra, il Ministero si procurerà dal Vescovo competente la dichiarazione prevista dal Protocollo Finale del Concordato del 14 giugno 1929 nelle disposizioni relative al periodo 2 del comma 1 dell'articolo 12.

#### 3. Intesa d'applicazione

L'Intesa d'applicazione relativa al comma 2 dell'articolo 5 e all'articolo 6 del Concordato, sottoscritto il 26 febbraio 1965, è parte costitutiva del presente Accordo.

#### 4. Ratifica ed entrata in vigore

Il presente Accordo, il cui testo italiano e tedesco fanno egualmente fede, dovrà essere ratificato e gli Istrumenti di ratifica dovranno essere scambiati al più presto in Bonn-Bad Godesberg. Esso entrerà in vigore il giorno dello scambio di detti Istrumenti.

In fede di che è stato sottoscritto il presente Accordo in doppio originale.

Hannover, 29. ottobre 1993

Lajos Kada  
Apostolischer Nuntius

Gerhard Schröder  
Der Niedersächsische Ministerpräsident

**Durchführungsvereinbarung  
zu Artikel 5 Abs. 2 und Artikel 6 des am 26. Februar 1965  
unterzeichneten Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhle  
und dem Lande Niedersachsen  
vom 29. Oktober 1993**

Anläßlich des Abschlusses eines Vertrages zur Änderung des Konkordats vom 26. Februar 1965 sind der Niedersächsische Ministerpräsident und der Apostolische Nuntius in der Bundesrepublik Deutschland wie folgt übereingekommen:

I.

Für die besondere Rechtsstellung der Hochschule gemäß Artikel 5 Abs. 2 des Konkordats gelten folgende Regelungen:

A.

1. Die Hochschule wird als Einrichtung im Sinne des § 26 Abs. 1 der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung geführt.
2. Zusätzlich zu den zentralen Organen und Gremien wird ein Hochschulrat gebildet, der unbeschadet der besonderen Abreden über die Katholische Theologie (Artikel 5 Abs. 2 und § 3 der Anlage zu Artikel 5 Abs. 1) folgende Aufgaben hat:
  - 2.1 Der Hochschulrat wirkt an den in §§ 5 und 9 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG)<sup>1</sup> genannten Aufgaben mit, insbesondere an der Entwicklung und Ordnung der Hochschule und an der Studienreform.
  - 2.2 Im Rahmen der staatlichen Angelegenheiten nimmt der Hochschulrat die Aufgaben nach § 75 Abs. 1 Nrn. 1, 5, 6, 8 und 11 NHG wahr.
  - 2.3 Unbeschadet der Rechtsaufsicht des Ministeriums entscheidet der Hochschulrat über die Genehmigungen nach § 77 Abs. 5 NHG im Rahmen der bestehenden Finanzausstattung; die dem Ministerium nach § 77 Abs. 6 Satz 1 und 2 NHG zustehenden Befugnisse werden vom Hochschulrat wahrgenommen.
  - 2.4 In den Angelegenheiten der Personal- und Wirtschaftsverwaltung ist die Aufsicht des Ministeriums auf eine allgemeine Organ- und Wirtschaftsaufsicht beschränkt; in den Angelegenheiten des Zusammenwirkens zwischen Hochschule und Ministerium (§ 77 NHG) beschränkt sich die Aufsicht des Ministeriums auf die Rechtsaufsicht einschließlich der Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen. Die Vorschläge der Hochschule zur Widmung von Professorenstellen bedürfen der Zustimmung des Hochschulrates; der Hochschulrat kann zu den Berufungsvorschlägen der Hochschule eine Stellungnahme abgeben.
3. Der Hochschulrat hat dreizehn Mitglieder, von denen sieben auf Vorschlag des Landes, drei auf Vorschlag der Katholischen Kirche und drei auf Vorschlag der Hochschule berufen werden; dabei sollen auch Vertreter der Region berücksichtigt werden. Die Mitglieder des Hochschulrates müssen mindestens fünf Jahre berufstätig gewesen sein, davon mindestens drei Jahre in einer Stellung mit herausgehobener Verantwortung, insbesondere in Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Rechtspflege oder im kirchlichen Bereich; sie dürfen nicht Mitglieder der Hochschule sein. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.
4. Die erstmalige Berufung der Mitglieder des Hochschulrates erfolgt durch den Ministerpräsidenten im Benehmen

mit der Katholischen Kirche; scheidet ein Mitglied aus, so beruft das Ministerium das neue Mitglied mit Zustimmung des Hochschulrates auf Grund von Vorschlägen nach Nummer 3.

5. Die Berufung der Mitglieder erfolgt grundsätzlich für fünf Jahre; bei der erstmaligen Berufung sind sechs Mitglieder für eine Dauer von drei Jahren zu berufen. Der Hochschulrat gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Ministeriums bedarf; die Genehmigung darf nur aus Rechtsgründen versagt werden. Die Geschäftsordnung trifft auch Regelungen für das vorzeitige Ausscheiden von Mitgliedern.

B.

1. Die in Artikel 5 Abs. 2 Satz 4 des Konkordats bezeichneten Institute nehmen an Stelle des jeweiligen Fachbereichs die Aufgaben nach § 95 Abs. 2, 5, 6 und 7 NHG wahr; § 57 NHG gilt mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Fachbereichsrates der Vorstand des Instituts tritt. Soweit nach dem Gesetz die übrigen Angehörigen der Professorengruppe und die Angehörigen der anderen Statusgruppen an den Sitzungen des Institutsvorstandes beratend teilnehmen, erhalten sie bei Entscheidungen nach Satz 1 Stimmrecht. Die diesen Instituten zugeordneten Professuren behalten ihre bisherige Widmung.
2. Die in Artikel 5 Abs. 2 Satz 6 des Konkordats getroffene Regelung ist auf die Universität Osnabrück nicht anzuwenden, wenn das zur Sicherstellung des Lehrangebotes erforderliche Zusammenwirken durch Kooperationsvereinbarung gewährleistet ist.

C.

Der im folgenden erläuterte Grundbestand an Studienangeboten mit der dazu erforderlichen Personal- und Sachausstattung wird gewährleistet:

1. Zum Grundbestand gehören die Studiengänge für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, für das Lehramt an Realschulen sowie der Diplom-Studiengang Pädagogik. Für die Lehramtsstudiengänge ist sicherzustellen, daß alle wichtigen Fächer (mindestens zwölf) und Fächerkombinationen angeboten werden.
2. Dazu gehören:
  - a) die Fächer Deutsch, Mathematik, Sachunterricht und Katholische Religion, die so auszustatten sind, daß auch die Förderung und Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses gewährleistet ist,
  - b) ferner die Fächer Geschichte, Englisch und Sport sowie der musische Bereich, darunter in jedem Fall die Fächer Musik und Kunst.

Die natur- und sozialwissenschaftlichen Fächer sind so auszustatten, daß die Zubringerfunktion für den Sachunterricht (sog. Bezugsfächer) sichergestellt ist.

D.

1. Über den Grundbestand an Studienangeboten (vgl. C) hinaus wird die Hochschule in Vechta erhalten und ausgebaut. Es wird eine Entwicklung und Differenzierung des Studienangebotes, insbesondere durch den Aufbau neuer wissenschaftlicher Studiengänge sowie einer eigenen Verwaltung, mindestens im Umfang von 48 Stellen mit den entsprechenden Sachmitteln ermöglicht. Die

<sup>1</sup> Niedersächsisches Hochschulgesetz in der Fassung vom 14. 6. 1989



erforderlichen Mittel werden aus den freiwerdenden Stellen der Gymnasiallehrausbildung und sonstigen Stellenabgängen, soweit diese für die Lehrerausbildung erforderlich sind, sowie durch die finanziellen Zuführungen aus dem Erfolg neuer Studiengänge gemäß Nr. 2 finanziert. Soweit diese nicht ausreichen, wird das Land zehn Jahre lang eine Überbrückungshilfe leisten.

Die Finanzausstattung wird durch besondere Rechtsvorschrift geregelt; dabei sind folgende Grundsätze zu beachten:

- a) Die gesamte Finanzausstattung der Hochschule wird in der Übergangszeit von zehn Jahren die im Haushaltsplan 1993 vorgesehene Höhe, fortgeschrieben entsprechend den Haushaltsplänen für andere Hochschulen, nicht unterschreiten.
- b) Der Zuschußbedarf der Hochschule für den Grundbestand an Studienangeboten bemißt sich, solange weniger als 1000 Studierende innerhalb der Regelstudienzeit dieses Angebot wahrnehmen, nach der Personal- und Sachausstattung, für die im Haushaltsjahr 1993 11,1 Mio. DM veranschlagt worden sind; der Zuschuß ist entsprechend der Veränderung der Ansätze vergleichbarer Fachbereiche an anderen Hochschulen anzupassen.
- c) Soweit die Zahl der Studierenden innerhalb der Regelstudienzeit 1000 überschreitet, erhöht sich der Zuschußbedarf entsprechend der Zahl der nach Maßgabe der Kapazitätsverordnung ermittelten Stellen für wissenschaftliches Personal und entsprechend dem Bedarf für eine angemessene Ausstattung mit Stellen für nichtwissenschaftliches Personal. Die Zahl der Stellen für nichtwissenschaftliches Personal beträgt 50 vom Hundert der Zahl der Stellen für wissenschaftliches Personal. Soweit die Zahl von 1500 Studierenden innerhalb der Regelstudienzeit überschritten wird, ist wie bei den übrigen Hochschulen zu verfahren.
- d) Soweit die Zahl der Studierenden innerhalb der Regelstudienzeit 1000 überschreitet, erhöht sich der Zuschußbedarf ferner um 2500 DM für jeden Studierenden innerhalb der Regelstudienzeit. Der Zuschuß erhöht sich nochmals um 1000 DM für jede im vorausgegangenen Jahr abgelegte Abschlußprüfung, um weitere 1000 DM, wenn die Prüfung innerhalb der Förderungshöchstdauer nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz abgelegt wurde.

## II.

Unter Schulen im Sinne des Artikels 6 Abs. 1 und 2 des Konkordats sind die Grundschulen (Klasse 1 bis 4) zu verstehen.

Bei den im Rahmen des Niedersächsischen Schulgesetzes bei der Zusammenlegung von Schulen zu treffenden Maßnahmen soll auf die bekenntnismäßige Zusammensetzung der Schülerschaft Rücksicht genommen werden.

Vorhandene Vorklassen können nach Maßgabe des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG)<sup>2</sup> fortgeführt werden.

Aus öffentlichen Schulen hervorgegangene und zum Teil um Realschulzweige erweiterte Ersatzschulen in kirchlicher Trägerschaft bestehen in folgenden Orten:

**Cloppenburg**  
Orientierungsstufe  
Hauptschule

**Duderstadt**  
Hauptschule mit Orientierungsstufe

**Göttingen**  
Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe

**Hannover**  
Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe

**Hildesheim**  
Hauptschule mit Orientierungsstufe  
Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe

**Lingen**  
Orientierungsstufe  
Haupt- und Realschule

**Meppen**  
Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe

**Oldenburg**  
Orientierungsstufe  
Haupt- und Realschule

**Osnabrück**  
Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe  
Haupt- und Realschule  
Orientierungsstufe

**Papenburg**  
Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe

**Vechta**  
Orientierungsstufe  
Haupt- und Realschule

**Wilhelmshaven**  
Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe

**Wolfsburg**  
Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe

Die Hauptschulen in Cloppenburg, Duderstadt (mit Orientierungsstufe) und Hildesheim (mit Orientierungsstufe) können im Einvernehmen mit dem Land und den kommunalen Schulträgern auf Antrag der kirchlichen Schulträger um einen Realschulzweig erweitert werden.

3. Voraussetzung für die Beibehaltung der in Nummer 2 genannten Schulen ist, daß die Orientierungsstufe, die Hauptschule und die Realschule nach ihrem Ausbau in ihrer Gliederung den unter vergleichbaren Bedingungen stehenden öffentlichen Schulen entsprechen und daß im Bereich des jeweiligen öffentlichen Schulträgers eine Schule für Schülerinnen und Schüler aller Bekenntnisse unter den den schulischen und pädagogischen Erfordernissen entsprechenden Voraussetzungen aufrechterhalten werden kann.

Wird in der Orientierungsstufe die schulrechtlich vorgeschriebene Zügigkeit während dreier Jahre unterschritten, so kann die Schule als Haupt- und Realschule unter der Voraussetzung ohne Orientierungsstufe bestehen bleiben, daß sie in ihrer Gliederung den unter vergleichbaren Bedingungen stehenden öffentlichen Schulen entspricht. Soweit in die Orientierungsstufe die Klassen 5 und 6 von Gymnasien und Realschulen in freier Trägerschaft sowie des Gymnasiums Josephinum in Hildesheim einbezogen waren, bleibt es diesen unbenommen, wieder Klassen 5 und 6 einzurichten.

Im übrigen sind für die Vergleichbarkeit der Bedingungen folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- a) Einwohnerzahl, Ausdehnung und Verkehrsverhältnisse der betreffenden Gemeinde,
- b) Veränderung der Bevölkerung nach Zahl und Gliederung,
- c) Stärke der jeweiligen Schuljahrgänge.



In der Orientierungsstufe und im Sekundarbereich I ist eine Zusammenarbeit zwischen den Schulen nach Nummer 2 und Schulen in öffentlicher Trägerschaft zu ermöglichen.

4. Zur Dienstleistung an die in Nummer 2 genannten Schulen werden im niedersächsischen Landesdienst stehende Lehrkräfte unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubt werden. Die Zeit der Beurlaubung wird bei der Anwendung beamtenrechtlicher Vorschriften einer im öffentlichen Schuldienst im Beamtenverhältnis verbrachten Beschäftigungszeit gleichgestellt.

Für die an den in Nummer 2 genannten Schulen beschäftigten Lehrkräfte, die nicht beurlaubte Landesbedienstete sind, erstattet das Land die tatsächlich geleisteten Bezüge oder Vergütungen bis zur Höhe der Bezüge oder Vergütungen einer vergleichbaren Lehrkraft an einer entsprechenden öffentlichen Schule.

Daneben werden nach Maßgabe staatlicher Grundsätze

- a) die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und gesetzlichen Unfallversicherung und
- b) die Beiträge zu einer Zusatzversorgung entsprechend der schulgesetzlichen Regelung für Schulen in freier Trägerschaft

in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erstattet.

Für beamtete Lehrkräfte der Kirchen im Schuldienst werden die Aufwendungen nach den Bestimmungen des Beamtenversorgungsgesetzes und den Beihilfevorschriften erstattet.

Zur Abgeltung sämtlicher sonstiger Personalausgaben zahlt das Land einen Pauschalbetrag in Höhe von 1 vom Hundert des Bezüge- oder Vergütungsaufwandes.

Die Zahl der Lehrkräfte, für die das Land die Personalkosten trägt, richtet sich nach den für das öffentliche Schulwesen geltenden Maßstäben.

5. Das Land wird die Bemühungen der Kirche unterstützen, die unentgeltliche Überlassung der erforderlichen Schulgebäude und -anlagen sowie die Übernahme der Hälfte der Sachkosten durch die bisherigen Schulträger zu erlangen.
6. Das Land wird sich an den laufenden Sachkosten mit 15 vom Hundert des Gesamtbetrages beteiligen. Hierbei wird ein Betrag von 210 DM (15 vom Hundert von 1400 DM) je Schüler pro Haushaltsjahr ab 1994 zugrunde gelegt. Bei einer wesentlichen Veränderung der laufenden Sachkosten aller in Nummer 2 genannten Schulen kann jeder der Vertragsschließenden eine Anpassung dieses Betrages verlangen. Dabei wird als wesentlich eine Veränderung der laufenden Sachkosten um mehr als 10 vom Hundert gegenüber der letzten Festsetzung angesehen.

Zu den sächlichen Kosten gehören nicht Schulbaukosten und Grunderwerbskosten für Schulzwecke. Im übrigen findet § 113 Abs. 1 Satz 2 NSchG Anwendung.

7. Die Investitionskosten sind vom kirchlichen Schulträger aufzubringen. Das Land beteiligt sich daran wie bei öffentlichen Schulträgern.
8. § 114 NSchG ist für Schülerinnen und Schüler der in Nummer 2 genannten Schulen mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Beförderungs- oder Erstattungspflicht auch für den Weg zu der nächsten dieser Schulen besteht, die den von der Schülerin oder dem Schüler verfolgten Bildungsgang anbietet.
9. Abweichend von der sonst geltenden Freiheit der Schulen in freier Trägerschaft hinsichtlich der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern darf der Anteil an nichtkatholischen Schülerinnen und Schülern in diesen kirchlichen Schulen 20 vom Hundert nicht übersteigen. Das Kultusministerium kann auf Antrag für einzelne Schulen ausnahmsweise einen höheren Anteil zulassen.  
  
Wird der hiernach zulässige Anteil nichtkatholischer Schülerinnen und Schüler überschritten, nehmen diese Schulen an der vorstehenden Kostenregelung nicht teil. Für sie gelten die Bestimmungen über die Höhe der Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft.
10. Kirchliche Trägerschaft besteht bei den in Nummer 2 genannten Schulen auch bei Überführung in eine der in Artikel 12 Abs. 2 des Konkordats vom 26. Februar 1965 genannten Institutionen.
11. Die oberen Schulbehörden und der Landesrechnungshof sind berechtigt, bei den Schulen nach Nummer 2 und ihren Trägern alle die Geldleistungen des Landes betreffenden Angaben an Ort und Stelle zu überprüfen, die dazugehörigen Unterlagen einzusehen und Auskünfte zu verlangen.

### III.

1. Auf diese Durchführungsvereinbarung findet Artikel 19 Abs. 2 des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhle und dem Lande Niedersachsen Anwendung.
2. Die Landesregierung und die Katholische Kirche werden die Entwicklung der Hochschule in Vechta durch regelmäßige Gespräche, in denen die Bewährung der getroffenen Durchführungsvereinbarung erörtert wird, begleiten, um gegebenenfalls notwendige Veränderungen unverzüglich zu verabreden.
3. Die Bestimmungen dieser Durchführungsvereinbarung können durch eine Übereinkunft zwischen den Diözesen des Landes und der Landesregierung an geänderte Umstände angepaßt werden.  
  
Die Kooperationsvereinbarung nach Abschnitt I B Nr. 2 bedarf der Zustimmung der Diözesen und der Landesregierung. Für das Verhältnis der in Abschnitt I B Nr. 1 bezeichneten Institute zur kirchlichen Behörde gilt in Anwendung von Artikel 12 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages des Freistaates Preußen mit dem Heiligen Stuhle vom 14. Juni 1929 das kirchliche Recht.
4. Diese Durchführungsvereinbarung ersetzt die durch Notenwechsel vom 15./16. Mai 1973 getroffene Vereinbarung.

Hannover, am 29. Oktober 1993

Lajos Kada  
Apostolischer Nuntius

Gerhard Schröder  
Der Niedersächsische Ministerpräsident